



Dr. med. Brigitte Endres-Paul
Stellvertretende
Fraktionsvorsitzende



Richard-Wagner-Straße 60 97318 Kitzingen

Telefon 09321/4600 Telefax 0931/ 304 47 59

Herrn
Oberbürgermeister
Siegfried Müller
Kaiserstraße 13 – 15

97318 Kitzingen

26.01.2016

Betreff: Sozialer Wohnungsbau der Stadt Kitzingen

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren des Stadtrates,

hiermit beantrage ich im Namen der SPD-Fraktion:

1. eine konkrete Bedarfsermittlung für kostengünstigen Wohnraum unter anderem auf Basis der Wohnungsmarktanalyse und der Daten aus der Zensusabfrage 2011 und der Fortschreibung 2014
2. die Aufnahme der Aufstockung des preiswerten Wohnraumes für bedürftige Haushalte in die Entwicklungsleitlinien zur städtischen Wohnungspolitik
3. das Erstellen eines Konzeptes gemeinsam mit der Bau gmbh die Anzahl der sozialen Wohnungen in Kitzingen zu steigern
4. das Ermitteln aller entsprechenden Fördermöglichkeiten zur Vorlage vor dem Stadtrat

Sachvortrag:

Die Wohnungsmarktanalyse zeigt, dass in Kitzingen der Anteil der Sozialwohnungen lediglich 4 Prozent beträgt. Damit liegt Kitzingen weit unter dem Bundesdurchschnitt von 12 Prozent.

Die Datenerhebung im Rahmen Zensus 2011 und deren Fortschreibung zeigt auf, dass das Durchschnittsalter der Kitzinger Bevölkerung zunimmt und gleichzeitig von einer Zunahme Altersarmut auszugehen ist.

Außerdem wird ein großer Anteil der heutigen Asylbewerber anerkannt werden und sich in Deutschland niederlassen. Zwar werden sich hoffentlich weitere Firmen in Kitzingen ansiedeln, aber der sich daraus ergebende Bedarf an Arbeitskräften wird sich auf den unteren oder mittleren Lohn- und Gehaltssektor beschränken. Daraus erwächst zusätzlicher Bedarf an preiswertem Wohnraum.

Die Stadt Kitzingen selbst und die zu 100% der Stadt gehörenden Bau GmbH sind im Besitz der städtischen Sozialwohnungen, unter anderem auch in der Breslauer Straße. In der von der Bau GmbH vorgeschlagenen Variante 6 werden allerdings die Wohneinheiten nicht erhöht, wie man das im Hinblick auf die Bevölkerungsentwicklung erwarten würde, sondern reduziert. Die Begründung hierfür sieht man in den fehlenden Fördermöglichkeiten durch den Staat Bayern.

Aufgrund der vorgenannten Argumente ist es aus unserer Sicht zwingend geboten, dass die Verwaltung der Stadt Kitzingen zusammen mit der Bau GmbH zum einen den Bedarf an sozialem Wohnungsbau nachweisbar feststellt und bis September 2016 ein Konzept erarbeitet, um den sozialen Wohnungsbau in Kitzingen zu fördern. In diesem Konzept sollen alle Fördermöglichkeiten aufgezeigt werden.

Wir bitten um Zustimmung zu unserem Antrag.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. med. B. Endres-Paul